

„Den Schulden stehen große Vermögen gegenüber“

Finanzkrise: Den deutschen Staat treffe nicht die alleinige Verantwortung für die wachsende öffentliche Schuldenlast, sagt Mechthild Schrooten, Professorin an der Hochschule Bremen und Autorin des folgenden Artikels. Durch Bankenrettung und Konjunkturprogramme seien allein 2010 die Schulden um 300 Mrd. € gestiegen.

So viel Finanzkrise war schon lange nicht mehr: Bankenkrise, staatliche Verschuldungskrise und Eurokrise – alles gleichzeitig. Zunehmend werden in Deutschland Stimmen laut, die die Politik für die geballte Krisenladung verantwortlich machen, vor allem gerät die Bewertung des aktuellen Krisenmanagements in den Fokus. Denn derzeit kommen sowohl aus Brüssel als auch aus den Hauptstädten der EU-Staaten höchst diffuse Signale. Tatsächlich hat diese Kakophonie das Potenzial, die Kosten der Krisenbewältigung gerade in der Eurozone dramatisch steigen zu lassen.

Aber es ist ein bisschen einfach, im Staat den alleinigen Verantwortlichen für die zunehmenden öffentlichen Schulden zu suchen. Tatsächlich schlagen vor allem die Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme der vergangenen Jahre zu Buche. Ohne diese wäre die staatliche Verschuldung nicht allein im Jahr 2010 um mehr als 300 Mrd. € auf nunmehr knapp 2 Billionen € gestiegen. Zum Vergleich: 1990 lag die Staatsverschuldung in Deutschland noch bei etwa 540 Mrd. €.

Dem Anstieg der Schulden steht ein hohes Gut gegenüber, das der Staat in der Not angeboten hat: die Stabilisierung der Erwartungen. Dabei war die Bundesregierung kurzfristig sehr erfolgreich. Die Gesamtwirtschaft hat sich in Deutschland relativ rasch erholt. Heute liegt die Arbeitslosenquote sogar unter dem Vorkrisenniveau. Um diese zügig erreichte gesamtwirtschaftliche Stabilisierung wird Deutschland weltweit beneidet.

Gute Wirtschaftspolitik kostet Geld. Grundsätzlich kann sich der Staat über zwei Quellen finanzieren – Steuern und Kredite. Steuern werden ungern gezahlt. Wenn aber Steuern unpopulär sind, dann bleibt die Kreditfinanzierung. Diese vollzieht sich oft geräuschlos. Dies gilt umso mehr, als der deutsche Staat als ein solventer und damit zahlungsfähiger Schuldner gilt – auch international. Zinsen und Tilgung werden pünktlich und zuverlässig geleistet dies wird auch zukünftig so sein. Diese Einschätzung wird bislang von den international tätigen Ratingagenturen geteilt, die der Bundesrepublik immer wieder eine sehr gute Bonität bescheinigen. Genau diese gute Bonität erleichtert die Kreditaufnahme und die Finanzierung der Staatsschuld.

Schulden werden vererbt – Forderungen auch. Die staatlichen Schulden machen

etwa 80 % des Bruttoinlandsprodukts aus. Die staatliche Pro-Kopf-Schuld ist auf aktuell etwa 25 000 € angewachsen. Das hört sich nach viel an. Allerdings stehen der staatlichen Verschuldung noch beachtlichere private Vermögen gegenüber. Staatsanleihen stellen einen Teil dieser Vermögen dar im Zuge der staatlichen Kreditaufnahme fließen Zinsen vom Staat an den Privatsektor. Insgesamt liegt das private Vermögen in Deutschland bei mehr als 300 % des Bruttoinlandsprodukts – so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

Wenn jetzt die hohe Schuldenlast beklagt wird, so muss klar sein, dass es rein rechnerisch leicht wäre, diese etwa durch eine entsprechende Steuerpolitik zu drücken. Ansatzpunkte dazu bietet nicht nur die Durchsetzung einer angemessenen Vermögensbesteuerung, auch eine simple Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer könnte die Lage verändern. Aber Steuererhöhungen sind relativ unpopulär – auch bei denen, die gerade noch die hohe Schuldenlast beklagten.

Dabei verteilt sich das private Vermögen keineswegs gleichmäßig über die Bevölkerung. Vielmehr sind in der letzten Dekade die Reichen reicher geworden – von Verteilungsgerechtigkeit keine Spur. Auch das hat das DIW Berlin festgestellt. Wie in vielen anderen Ländern, konnten auch in Deutschland vermögende private Haushalte von der Grundannahme profitieren, dass niedrige Einkommen-, Körperschaft- und Vermögenssteuersätze die Wirtschaft ankurbeln. Tatsächlich ist es in Europa und auch international zu einem Steuerwettbewerb gekommen. In Deutschland wurden Steuererleichterungen für Kapitaleinkünfte und Einkommen der Besserverdienenden durchgesetzt.

Eine EU-weite Wirtschafts- und Fiskalpolitik ist Zukunftsmusik. Nach wie vor werden in der Eurozone nationalstaatliche Interessen über gemeinsame Aufgaben gestellt. Dennoch zeichnet sich in der Eurozone eher ein formaler Konsens für die Einführung von Schuldenbremsen ab. Implizit bedeutet eine Schuldenbremse entweder Ausgabenkürzung oder Steuererhöhung. Staatliche Ausgaben gehen vielfach auf langfristige Verträge zurück – hier sind kurzfristige Anpassungen kaum möglich. Folglich kann die Einführung eines solchen Schuldendeckels auch Steuererhöhungen nach sich ziehen – eine Tatsache, die von vielen Befürwortern vernachlässigt wird.

Faktisch beschränken Schuldenbremsen den fiskalpolitischen Handlungsspielraum langfristig. Das kann in Krisensituationen fatal sein. Damit kommt der guten alten Ordnungspolitik heute eine größere Bedeutung zu als in der Vorkrisenzeit. Koordiniertes Vorgehen in der EU wäre hier hilfreich ein Wettbewerb um laxen Regulierungen muss verhindert werden. Das zeigt sich besonders deutlich im Bankensektor.

Das scheint auch in Brüssel angekommen zu sein. Denn zunehmend fordern auch eher neoliberal fundierte Ökonomen die Einführung einer neuen Steuer. Eine Finanztransaktionssteuer soll Ordnung und Entspannung in die Finanzmärkte bringen.

Mit der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene wird ein Vorhaben, das bislang nur in alternativen wirtschaftspolitischen Kreisen ausführlich diskutiert wurde, im Kreise der Etablierten salonfähig. Tatsächlich könnte bereits mit bei einem relativ geringen Steuersatz das Handelsvolumen auf den internationalen, mindestens aber auf den europäischen Finanzmärkten sinken. Vordergründig scheint eine Finanztransaktionssteuer die Kreditinstitute zu belasten. Tatsächlich werden Banken und Investmentgesellschaften jedoch die Kosten an die Kunden weitergeben.

Derzeit verspricht sich die EU aus einer Finanztransaktionssteuer Mehreinnahmen von über 50 Mrd. € jährlich – das sind etwa 2 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Die erwarteten Einnahmen sollen nach dem Wunsch der Regierungen zur Stabilisierung und damit zur Verfestigung der bestehenden Strukturen genutzt werden. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das Steuervorhaben der EU massiv von den Forderungen derer, die die Finanztransaktionssteuer zur Umverteilungspolitik von oben nach unten nutzen wollen.

Das EU-Vorhaben wird die Probleme im Bankensektor jedoch nicht lösen. Banken orientieren sich weiterhin an der kurzfristigen Gewinnerwirtschaftung. Die bisherigen Regulierungsversuche reichen nicht aus, um die alten, überkommenen Strukturen zu überwinden. Dazu zählt auch, dass gerade große Kreditinstitute weiterhin erhebliche Risiken in ihrem Portfolio haben.

Drei Jahre nach der Lehman-Brothers-Pleite wird klar, dass die Reform des Finanzsektors viel zu langsam vorankommt. Weder die Rückführung der Banken auf ihre grundlegenden Funktionen noch die Verringerung der Zahl systemisch relevanter Institute ist gelungen. Auch wurde bislang keine europäische Ratingagentur mit Marktmacht ausgestattet.

Durch die halbherzige Regulierungspolitik der Nachkrisenzeit wird ein erneutes Auftreten von tief greifenden Finanzkrisen zunehmend wahrscheinlich. Mit der internationalen Finanzkrise wurde klar: Finanzmarktregulierungen, die eine Ansteckungsgefahr im Krankheitsfall verringern, helfen sparen und ersetzen fiskalpolitische Intervention. Eine weitere Bankenkrise und ein ähnliches Krisenmanagement wie 2008/2009 kann sich Deutschland nicht mehr so ohne Weiteres leisten.

In der Zukunft ist ein wesentlich aktiverer Staat notwendig. Bislang jedoch hat es die Politik versäumt, in diese neue Rolle hineinzuwachsen. Politische Verantwortung in schwierigen Situationen zu übernehmen, erfordert tragfähige Konzepte. Die einfache Umverteilung von unten nach oben, die die letzten Dekaden prägte, kommt an ihre Grenzen. Demokratische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern heißt das Zauberwort der Zukunft.